



www.tractorstore.com

Juli 2018



KTS-Bürokratie

Jeden Montag um 20 Uhr Plenum.

Veranstaltungsplenum jeden ersten und dritten Montag im Monat.

Programm und Koraktorbeiträge bitte spätestens bis zum 15.

des Vormonats per Formular: www.kts-freiburg.org/formular

KTS, Baslerstraße 103, 79100 Freiburg, 0761/4002096

<http://kts-freiburg.org>

Bei politischen Angelegenheiten bitte die Gruppen kontaktieren

Infoladen in der KTS



*"Hier werden linksextremistische Informationen in Form von Zeitschriften, Broschüren, Flugblättern, Büchern, Videos sowie Ton- und Datenträger archiviert, diskutiert und verbreitet."** [Verfassungsschutz NRW über Infoläden]

Geöffnet Montag und Mittwoch von 18 bis 20Uhr

*Ebenfalls gibt es Bücherverleih, eine kleine Auswahl von Buttons & Patches und immer Espresso gegen Spende.

Die OpenPGP-Fingerprints der Gruppen in der KTS:

Name-E-Mail-Adresse

Fingerprint

Autonome Demosanis Freiburg - a-demosanis-fr[at]riseup.net
0A8A A1B9 FC00 2B86 0F06 DC36 9E51 C17B 0ACE 1241

Autonome Antifa Freiburg - freiburg[at]autonome-antifa.org
25A8 BE58 E581 3A57 EF1B F705 AB42 DF92 817B 98B9

EkiB Freiburg - ekib[at]immerda.ch
6495 53FF EC64 7320 F534 FFDF 149E C711 751A 9FC5

Ermittlungsausschuss Freiburg - eafreiburg[at]linksunten.ch
07D5 7A6F E20A 871F C8BB 84A8 8BA4 FE68 72FE 5E02

Infoladen KTS - infoladen[at]kts-freiburg.org
D70E 6235 FF14 E835 7943 0863 C884 3118 D7C0 FAE4

Koraktor - koraktor[at]kts-freiburg.org
D824 944E F213 7D44 B499 7E0B BA03 1745 A069 5E95

VoKüfA - vokuefa [at] lists.immerda.ch
9950 0370 09B1 573D 88D0 8DB5 7D52 25DB AD74 E216

Webmaster KTS - webmaster[at]kts-freiburg.org
3023 FA54 9920 77C7 3D64 AB6F 1FE3 34FE BFFC 5514

Schlüssel unter zimmermann.mayfirst.org, Praxis unter kts-freiburg.org/pgp

Verurteilungen nach G20-Durchsuchung in Freiburg

Am 21. Juni 2018 fand am Amtsgericht Freiburg ein Strafverfahren vor dem Hintergrund des G20-Gipfels statt. Zwei Linke wurden nach einer dreieinhalbstündigen Verhandlung zu Geldstrafen wegen Billigung von Straftaten (§ 140 StGB), Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte (§ 113 StGB) beziehungsweise tätlichem Angriff auf Vollstreckungsbeamte (§ 114 StGB) verurteilt.

Per Strafbefehl waren die beiden zu 180 beziehungsweise 120 Tagessätzen verurteilt worden. Eine Anklage wegen Beleidigung (§ 185 StGB), die im Strafbefehl noch enthalten gewesen war, wurde vor der Hauptverhandlung nach § 154 StPO eingestellt und war heute kein Thema mehr. Das Corpus Delicti war ein SWR-Fernsehinterview vom 13. Juli 2017, in dem ein Linker die Hamburger G20-Proteste kommentiert. Seine Interview-Statements über die Vermittelbarkeit geplünderten Supermarktketten oder eines niedergebrannten Bankgebäudes wurden als Billigung von Straftaten bewertet. Macht 50 Tagessätze.

Die Hausdurchsuchung am 25. Oktober 2017 verlief „unglücklich“, da waren sich alle im Raum einig – allerdings aus unterschiedlichen Gründen. Ein Polizeizeuge war frustriert, weil seine „Deeskalationsstrategie“ offensichtlich nicht funktioniert hatte: Zwei BeamtInnen in zivil wollen im Morgengrauen in eine Wohnung eindringen und weigern sich, den Durchsuchungsbefehl vor der Durchsuchung zu zeigen. Sie suchen ein weißes Hemd mit einem schwarzen Stern, eine schwarze Sturmhaube und eine schwarze Lochsonnenbrille sowie ein Paar Schuhe. Sie finden ein weißes Hemd ohne schwarzen Stern, eine schwarze Sturmhaube und eine schwarze Lochsonnenbrille, aber keine passenden Schuhe. Das Argument, dass diese Gegenstände alltäglich seien, wurde ignoriert.

Unter den PolizeizeugInnen war Konsens, dass es zu „Gerangel“ gekommen war, doch bei Reihenfolge, Richtung, Härte und weiteren Details gingen die ZeugInnenaussagen weit auseinander. Streckenweise klangen die Aussagen, als ob die PolizeizeugInnen von unterschiedlichen

Auseinandersetzungen erzählten. Ein Polizeizeuge hatte sich einen kleinen Riss am kleinen Finger zugezogen und eine Polizeizeugin war beim „Schließen“ (für: mit Handschellen fesseln) ganz schlimm umgeknickt, krank geschrieben allerdings wurden beide nicht.

Nach einem halben Dutzend widersprüchlicher Aussagen der BelastungszeugInnen erteilte der Richter einen rechtlichen Hinweis, dass er statt einer Verurteilung nach § 114 eher eine nur nach § 113 in Erwägung ziehe. Gesagt, getan, macht dann 60 Tagessätze. Gesamtstrafe: 85 Tagessätze à 20 Euro.

Der zweite Angeklagte kam am Morgen des 25. Oktober zufällig zur Durchsuchung hinzu. Er soll einen Polizisten gestoßen haben, strafbar nach § 114 StGB. Macht 100 Tagessätze à 15 Euro.

Der Richter wertete die zurückhaltende Wortwahl des ersten Angeklagten im Interview als strafmildernd. Den zweiten Angeklagten ordnete er der linken Szene zu, die ja „gerne mal die Auseinandersetzung mit der Polizei“ suche, weswegen sein Schubser als strafbar nach dem jüngst reformierten § 114 StGB sei. Mindeststrafe: Drei Monate bzw. 90 Tagessätze und damit in polizeilichen Führungszeugnissen der nächsten drei Jahre. Andererseits gab es einen 47%-Nachlass auf den Strafbefehl und an den Rechtsstaat glaubt ja eh schon lange niemand mehr.





Konzert



Party/Kneipe



Information



Film/Theater



Vokü



Demo/Aktion

#04 KÜFA MIT KNEIPE - SCHLEMMEN FÜR 'NEN SOLIZWECK

Mittwoch

20:00 Uhr



Die VoKüfA lädt jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat zu gemeinsamem Speis und Trank in die KTS ein. Gekocht wird nicht nur lecker sondern auch immer vegan. Eure Spenden fürs Essen kommen meist Solidaritätszwecken zugute.

Bock zu helfen? Kommt gerne ab 16:30 Uhr zum planen, schnibbeln und kochen vorbei (es braucht keine Voranmeldung!). Wir freuen uns über neue Leute die mit machen wollen.

Oder einfach nur Hunger? Ab 20 Uhr gibt es was zu Essen, Musik und Tischkicker.

Vegan aber bitte ohne Fruktose? Wenn ihr mitessen wollt und Allergien habt ist das kein Problem. Schreibt uns einfach vorher an [vokuefa\[at\]lists.immerda.ch](mailto:vokuefa[at]lists.immerda.ch)

#11 PUNKER*INNENKNEIPE

Mittwoch

21:00 Uhr



Guten Punk und Billigbier
Gibt es jeden Mittwoch hier
Red' besoffen über Politik
Mit Tischkicker und Punkmusik
Die Arbeit nervt,
du kommst nicht klar,
Dann komm doch in die PKK!

#12 SHORT PRESENTATION ABOUT THE RECENT FIRES IN SÃO PAULO +

Donnerstag EXHIBITION OF THE DOCUMENTARY

22:00 Uhr



"LIMPAM COM FOGO - CLEANING WITH FIRE"

Brazilian documentary about the fire epidemic in favelas in the city of São Paulo and its relationship with housing market speculation. Among expert analyzes and testimonies of the victims, the film investigates the real motives behind the geography of fires and explores the connection between real estate companies and the politicians who participated in the inconclusive investigation promoted by the City Council of São Paulo.

The presentation will be in English, if the weather is good we will do everything outside!!

Original audio: Portuguese

Subtitles: English

#18 KÜFA MIT KNEIPE - SCHLEMMEN FÜR 'NEN SOLIZWECK

Mittwoch

20:00 Uhr



Die VoKüfA lädt jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat zu gemeinsamem Speis und Trank in die KTS ein. Gekocht wird nicht nur lecker sondern auch immer vegan. Eure Spenden fürs Essen kommen meist Solidaritätszwecken zugute.

Bock zu helfen? Kommt gerne ab 16:30 Uhr zum planen, schnibbeln und kochen vorbei (es braucht keine Voranmeldung!). Wir freuen uns über neue Leute die mit machen wollen.

Oder einfach nur Hunger? Ab 20 Uhr gibt es was zu Essen, Musik und Tischkicker.

Vegan aber bitte ohne Fruktose? Wenn ihr mitessen wollt und Allergien habt ist das kein Problem. Schreibt uns einfach vorher an [vokuefa\[at\]lists.immerda.ch](mailto:vokuefa[at]lists.immerda.ch)

#22 CAFÉ LIBROS

Sonntag Ab 15 Uhr bis zum Abend, zum diskutieren, lesen, spielen, basteln und lernen im Infoladen, oder einfach unsere Bibliothek durchstöbern.



Es gibt lecker Espresso und auch Kuchen.

Potential für Livemusik und/oder Miniworkshops gibt es immer. Von uns im Angebot: Führungen durch den Infoladen, Verschlüsselung für Email und Instant Messenger und was uns noch so einfällt. Wenn ihr selber was auf dem Herzen habt, kommt damit vorbei!

Weil nicht jeder Mittwochs von 18-20 Uhr Zeit hat in den Infoladen zu kommen und manche Bücher mehr Zeit brauchen. Wir freuen uns auf euch!

KTS # IMMER

Montags **Ermittlungsausschuss(EA)/**
19-20 Uhr **Rechtshilfe**
Hilfe bei Problemen mit der Polizei, Repression und politischen Prozessen.

Dienstag **OFFENES ARTISTIKTREFFEN**
ab 19 Uhr Jonglieren und Artistik im Café

Mittwoch **INFOLADEN**
18 - 20 Uhr Bücher und Zeitschriften, Buttons und Aufnäher, T-Shirts, Kaffee, etc. Schreibt uns gerne an [infoladen\[at\]kts-freiburg.org](mailto:infoladen[at]kts-freiburg.org)

Mittwoch **UMSONSTLADEN**
18 - 20 Uhr Abgeben, Abholen, Mitnehmen. Alles für Nix.

3. Fr. & 1. Do. im **FAU FREIBURG**
Monat J. 1. Do. gewerkschaftliche Beratung und J. 3. Fr. Offenes Treffen. Alles im Büro für GRENZENLOSE Solidarität. freiburg.fau.org
20 Uhr

#25

Mittwoch

21:00 Uhr



22 Uhr!

SCHEIßE DIE BULLEN // KRASSER FAHRSTIL

Die Punk@kneipe und Strukturell Gemein laden ein! Kneipe vor der Sommerpause mit Livemusik von Scheiße die Bullen und Krasser Fahrstil. Kneipe ab 21 Uhr, Konzert um

Scheisse die Bullen aus Freiburg spielen schnellen Punk zum Pogen (scheissediobullen.de).

Krasser Fahrstil kommt aus Rastatt spielen auch schnellen Punk zum Pogen, oder so.

Bei Bedarf **TONTECHNIK-WORKSHOP**
Du hast Spaß an Technik und willst gerne lernen Konzerte abzumischen? Dann wendet euch an: [tontech-ws\[at\]kts-freiburg.org](mailto:tontech-ws[at]kts-freiburg.org)

Bei Bedarf **RECHERCHE-UND MEDIENZIMMER(RUMZ)**
Kopieren, Drucken, Recherchieren, Videos schneiden, Flyer layouts, uvm. Kein Problem, einfach Mail an [rumz\[at\]riseup.net](mailto:rumz[at]riseup.net) schreiben.

Bei Bedarf **OFFENE SIEBDRUCKWERKSTATT**
Ab und zu offen, einfach ne Mail an [siebdruck\[at\]kts-freiburg.org](mailto:siebdruck[at]kts-freiburg.org) schreiben.

Bei Bedarf **CRYPTO-WORKSHOP**
Lernen deinen Rechner und E-Mails verschlüsseln, dabei noch anonym surfen? Schreibt gerne an: [crypto-ws\[at\]kts-freiburg.org](mailto:crypto-ws[at]kts-freiburg.org)

Bei Bedarf **LAYOUT-WORKSHOP**
Du willst lernen mit Scribus zu layouten? Dann kontaktiere: [koraktor\[at\]kts-freiburg.org](mailto:koraktor[at]kts-freiburg.org)

Verbot von linksunten – Update und Ausblick

Auf Basis der Veranstaltung „Pressefreiheit ausgehebelt – Zum Verbot von linksunten.indymedia“ mit Rechtsanwältin Kristin Pietrzyk wird ein Update und Ausblick zum Verbot von linksunten gegeben. Linksunten wurde im August 2017 als Reaktion auf die G20-Proteste vom Bundesinnenministerium verboten und daraufhin diverse Gebäude durchsucht. Gegen das Verbot wurde Klage eingereicht. Die Verhandlungstermine stehen nun fest.

Der Arbeitskreis kritischer Jurist*innen an der Humboldt-Universität Berlin lud am 5. Juni 2018 zur Veranstaltung mit dem Titel „Pressefreiheit ausgehebelt – Zum Verbot von linksunten.indymedia“ ein. Der Vortrag ist Teil der akj-Veranstaltungsreihe im Juni „Und wer schützt die Freiheit?“ Eine der Rechtsanwält*innen der Betroffenen, Kristin Pietrzyk, berichtete über das Verbot und den aktuellen Verfahrensstand. Im Wesentlichen orientierte sich die Veranstaltung an dem informativen und gut dokumentierten Vortrag von Kristin Pietrzyk „All Computers Are Beschlagnahmt“ auf dem CCC-Kongress im Dezember 2017. Dieser Beitrag soll daher lediglich ein Update zu dem ursprünglichen Vortrag darstellen, in dem auf den aktuellen Stand des rechtlichen Verfahrens gegen linksunten eingegangen und ein Ausblick auf die kommende Zeit gegeben werden soll.

Kurz zur Erinnerung: Das Verbot von linksunten.indymedia durch das Bundesinnenministerium (BMI) war eine offensichtlich vorbereitete Reaktion auf die Proteste in Hamburg im Juli 2017. Am 25. August 2017 wurde das Verbot bekanntgegeben und Razzien bei den mutmaßlichen Unterstützer*innen der Plattform und in dem linken Freiburger Kulturzentrum KTS durchgeführt. Drei Tage später ging linksunten offline. Anlass dieser Maßnahmen war die rechtliche Konstruktion des Nachrichtenportals linksunten als Verein im Sinne des Vereinsgesetzes und das gleichzeitige Verbot des Portals als Verein, da dieser dem Zweck und der Tätigkeit nach den Strafgesetzen zuwiderlaufe und sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richte. Dies zieht insbesondere die Strafbarkeit der Wiederbetätigung nach sich sowie die Strafbarkeit

des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gem. § 86a StGB.

Im April 2018 reichten die Anwält*innen der Betroffenen ihre Klagebegründung beim Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in Leipzig ein. Dass die Verwendung des Vereinsgesetzes zu solchen Zwecken nicht intendiert gewesen sein kann, wird schon an den Voraussetzungen deutlich an denen das Gericht entscheiden muss, ob es überhaupt in der Sache entscheiden darf. So kann ein Verein nur als Verein, vertreten durch ihren Geschäftsführer, oder mit allen Vereinsmitgliedern klagen. Damit die Betroffenen gegen das Verbot von linksunten vorgehen können, müssten sie sich daher entweder als Verein behandeln lassen, was einem Geständnis im Strafverfahren als kriminelle bzw. terroristische Vereinigung gem. § 129 bzw. § 129a StGB gleich käme oder die Betroffenen würden als die Gesamtheit der Vereinsmitglieder klagen, dann wäre die Klage jedoch jederzeit angreifbar in dem das BMI weitere Mitbetreiber von linksunten aus dem Hut zieht und behauptet, es hätten nicht alle Vereinsmitglieder geklagt und die Klage sei somit unzulässig. Der Ausweg aus dieser Situation liegt im Grundgesetz: Art. 19 Abs. 4 des Grundgesetzes gebietet den effektiven Rechtsschutz gegen Rechtsverletzungen der öffentlichen Gewalt. Effektiv kann dieser Schutz nur sein, wenn eine die Betroffenen klagen können ohne gleichzeitig vor Folgen im Strafprozess bedroht zu sein.

Bezüglich der Rechtswidrigkeit des Verbots selbst weisen die Anwält*innen zunächst darauf hin, dass das Nachrichtenportal linksunten Presse ist. In der Verbotsbegründung des BMI finden sich zum Thema Pressefreiheit ganze drei Sätze. Das Bundesverfassungsgericht 1988 in seiner Presse-Grosso Entscheidung stellte allerdings fest, dass nicht nur die Herstellung von Presseerzeugnissen von der Pressefreiheit gemäß Art. 5 des Grundgesetzes geschützt ist, sondern auch das Verbreiten von Presseerzeugnissen. Für die Aufsicht der Medien wäre jedoch nicht der sich im Wahlkampf befindende Bundesinnenminister zuständig, sondern die einzelnen Medienanstalten der Bundesländer. Dies bestimmt das

Telemediengesetz, das für verfassungs- und strafrechtswidrige Medieninhalte geschaffen wurde. Dieses Telemediengesetz sieht für host-provider wie linksunten ein abgestuftes Verfahren vor, welches es einem Presseportal zunächst ermöglicht hätte, die in Frage stehenden Inhalte selbst zu entfernen. Erst bei Nichtfolgeleistung wäre die URL auf die fraglichen Inhalte gesperrt worden: Keine komplettes Abschalten, keine Durchsuchungen, keine Festnahmen, keine Beschlagnahmung von „Vereinsvermögen“.

Falls diesen Gründen durch das BVerwG nicht Folge geleistet wird, führen die Anwalt*innen weiter aus, dass selbst bei Zugrundelegung des Vereinsgesetzes, keine ausreichenden Verbotsgründe vorgelegen hätten. So basiert die Verbotsverfügung auf lediglich 60 linksunten-Artikeln, was für ein notwendiges Urteil über das Gesamtgepräge des „Vereins“ nicht ausreichend sein dürfte. Aus diesen 60 Artikel geht auch hervor, dass sich die Betroffenen oder Benutzer*innen von linksunten diese Artikel sich nicht zu eigen gemacht haben, sondern vieles kritisch diskutiert und moderiert wurde. So wurde es Menschen ermöglicht ihre Meinung zu politischen Themen ohne Filter und ohne die Gefahr der Repression zu äußern. Eben dies stellte einen Schutz und eine Möglichkeit der Teilnahme am politischen Prozess da, welche die freiheitliche demokratische Grundordnung voraussetzt. Gegen welche gerichtet zu sein linksunten paradoxerweise unterstellt wird.

Linksunten wird zudem vorgeworfen, dass sie keine IP-Adressen von Besucher*innen der Website speichern würden und dies zu strafbaren Verhalten einladen würde. Die zur Zeit viel diskutierte europäische Datenschutzgrundverordnung sieht aber genau das neuerdings vor: IP-Adressen von Nutzer*innen dürfen nur mit Einwilligung gespeichert werden. Linksunten folgte dem Grundgedanken des europäischen Gesetzgebers lange bevor dies die Bundesregierung für nötig erachtete.

Des Weiteren ist aus den Akten erkennbar, dass mindestens eine Person des Verfassungsschutzes im Umfeld von linksunten aktiv war und an offenen Treffen teilgenommen hat. Somit lässt sich nicht klar feststellen, inwiefern einer oder mehrere der 60

verbotsbegründenden Artikel von Verfassungsschutzmitarbeiter*innen verfasst wurden. Es stellt sich ein ähnliches Problem wie im ersten NPD-Verbotsverfahren: Wenn sich nicht mehr feststellen lässt, welche Aktivitäten durch den Staatvorgenommen wurden und welche Bürger*innen zugeordnet werden können, kann die Organisation auch nicht verboten werden. Neben der menschlichen Quelle wurden Observationen, Stille SMS, Kameraüberwachung, (geheime) Beschlagnahmung von E-Mails und Post (auch von Anwalt*innenpost) sowie Autowanzeln durch die Behörden benutzt.

Kann das Verbot von linksunten nicht erfolgreich abgewendet werden verliert die linke Szene nicht nur eine wichtige Informations- und Austauschmöglichkeit endgültig, sondern der Staat gewinnt eine Möglichkeit unliebsame politische Gegner auf Basis von – auch im Verfahren - geheimen Verfassungsschutzinformationen in ein Vereinskorsett zu zwingen und mit dem scharfen Schwert des Vereinsgesetzes zu verbieten. Um einen Verein zu sein, braucht es nur mehr als zwei Personen, die einen gemeinsamen Zweck verfolgen: Verbotene Vereine können so auch das nächste Demo-Bündnis oder ein linksradikales Hausprojekt sein.

Die schriftliche Erwiderung der eingereichten Klagebegründung der Anwalt*innen durch das BMI steht noch aus. Es wurden allerdings durch das BVerwG schon drei Sitzungstage einberaumt: 15., 16. und 17. Januar 2019. Dies stimmt einerseits verhalten optimistisch, dass die Klage nicht gleich abgewiesen wird und ermöglicht andererseits allen solidarischen Personen eine breite Mobilisierung für Prozessbeobachtungen, begleitenden Demonstrationen und Aktionen.

Insgesamt haben die Betroffenen 40 Klagen gegen weitere Maßnahmen eingereicht, die in engem Zusammenhang mit dem Verbot stehen, wie beispielsweise die Beschlagnahmung von Computern und Mobiltelefonen. Allein die Gerichtskosten jeder Klage belaufen sich auf 485 Euro pro Klage. Auch finanzielle Unterstützung ist daher weiter notwendig.

SUPPORT für den UMSONSTLADEN DER KTS



Der Umsonstladen der KTS wird derzeit von keiner aktiven Gruppe gehegt und gepflegt. Falls du Lust hast, dich immer mal wieder um den Zustand zu kümmern, so dass das Stöbern dort weniger einem Durchkämpfen von Ramsch gleicht, komm vorbei und sprich uns an!

Vielleicht findet sich ja sogar eine kleine Gruppe. Ansonsten würden wir uns auch über brauchbares Repertoire freuen, um den Bestand ein bisschen zu erweitern. Also bringt, was ihr nicht braucht!

AfD-Lehrer hetzt an Freiburger Goethe-Gymnasium

AfD-Kreisverbandssprecher Achim Hausen arbeitet als Lehrer am Goethe-Gymnasium in Freiburg im Breisgau.

79232 March-Neuershausen
Tel.: 07665-9479597
Mobil: 0173 6949389

Der Studienrat Achim Hausen unterrichtet am Goethe-Gymnasium in Freiburg (u.a. Gemeinschaftskunde) und ist stellvertretender Vorsitzender und Jugendwart des Tennisclubs March e.V. Ebenso hat Hausen eine kurze Karriere als Profifußballer hinter sich und ist nun ehrenamtlicher Trainer für den Südbadischen Fußballverband. Sport und Jugendarbeit sind leider nicht seine einzige Leidenschaft: Achim Hausen ist Sprecher des AfD-Kreisverbandes Breisgau-Hochschwarzwald.

achimhausen@gmx.de
Achim.Hausen@sbfv.evpost.de
vorstand2@tcmarch.de
jugendwart@tcmarch.de

In seinem Job als verbeamteter Gymnasiallehrer hält er mit seiner rechten Gesinnung nicht hinterm Berg: Seine Schüler*innen müssen sich Tag für Tag rassistische und frauenfeindliche Kommentare anhören. Genauso brisant ist, dass Fußballverband und Tennisverein es offenbar nicht für kritisch halten, einen AfD-Politiker als Jugendwart/Trainer zu engagieren.



Die Kontaktdaten sind im Internet für jeden Menschen zugänglich:

Achim Hausen
Vincentiusgasse 6

Neuigkeiten aus Freiburgs Sicherungsverwahr-Anstalt

Vor einigen Monaten berichtete ich über einen Insassen der sich die Versorgung mit Cannabis einklagen möchte, mittlerweile liegt ein zweiter Beschluss eines Gerichts vor; ausserdem soll es um Berichte gehen, die die Bediensteten nach sogenannten Ausführungen fertigen. Wo mitunter jede Regung beobachtet und schriftlich niedergelegt wird.

CANNABIS - TEIL 2

Wie kürzlich berichtet (de.indymedia.org/node/18026) hat das Landgericht Freiburg auf Klage eines Insassen entschieden, die Justizvollzugsanstalt Freiburg dürfe seinen Wunsch nach einer ärztlichen Versorgung mit Cannabis nicht einfach so abbügeln. Das Gericht verpflichtete die Anstalt, den Verwahrten unter Beachtung des Gerichts neu zu bescheiden.

Dem kam die Justizvollzugsanstalt nur rudimentär nach, denn erneut wurde der Wunsch von Herrn H. abschlägig beschieden, ohne diesen anzuhören, zu untersuchen, oder gar einem Facharzt vorzustellen. Diesmal mit dem Hinweis, es liege schlicht keine medizinische Indikation vor. Dabei hatte Herr H. ausführlich vorgetragen, weshalb bei ihm durchaus die Voraussetzungen vorliegen.

Das Landgericht Freiburg (Az. 13 StVK 148/18, Beschluss vom 8. Mai 2018) hob erwartungsgemäß auf Antrag von Herrn H. auch diese Entscheidung auf.

Wörtlich schreibt der Richter, er könne sein „Befremden (...) nicht verhehlen“, dass die Justizvollzugsanstalt Freiburg sich weigere, ihre Verfügung adäquat zu begründen. Vielmehr kranke auch die neuerliche Ablehnung „an einem ganz gravierenden Ermessensfehler“.

Man darf nun auf die nächste Beurteilung durch die Justizvollzugsanstalt gespannt sein; das Landgericht regte die Hinzuziehung eines Facharztes an.

Der Beschluss des LG ist im Anhang als PDF-Datei abrufbar.

PROTOKOLLIERUNG DER AUSFÜHRUNGEN

Sicherungsverwahrte dürfen vier Mal im Jahr die Anstalt unter Bewachung verlassen. Über die jeweiligen Ausführungen fertigen die Bediensteten mitunter umfängliche Berichte. Einen Einblick in die Berichte gibt die Verfügung der Justizvollzugsanstalt die als PDF-Datei im Anhang zu lesen ist.

Es ist interessant zu sehen, mit welcher Detailverliebtheit stellenweise Bagatellen notiert und für die Ewigkeit protokolliert werden. Ob die Mütze auf dem Kopf die nicht abgenommen worden sei, dass die besuchte Person und ich uns gesiezt hätten und anderes mehr.

Der Insasse und seine Bezugspersonen als gläserne Menschen, keinerlei Privatsphäre, stets den überwachenden Augen ausgesetzt.

BIG BROTHER LÄSST GRÜßEN.

Thomas Meyer-Falk,
z.Zt. Justizvollzugsanstalt (SV),
Hermann-Herder-Str. 8,
79104 Freiburg

freedomforthomas.wordpress.com



Christen in Mülltonnen und Debatten über Gegenaktionen

Disclaimer: Dieser Text bezieht sich auf das Verhalten von Teilnehmenden bei den Chaostagen.

Diese Kritik bezieht sich NICHT auf die Orga oder den Chaostag an sich, im Gegenteil, wir freuen uns über das Chaos in der Stadt und den kreativen Protest an diesem Tag!

Am 5. Mai kam es in Freiburg zu Chaos, etwas über hundert Menschen besetzten die Straßenecke zwischen Stadttheater und Universitätsbibliothek. Dort nahmen sie sich unangemeldet und unkontrolliert den öffentlichen Raum für ein ganzen Tag unter überzogener Präsenz von Polizei und Staatsschutz. Am Rande dieser Aktion geschah eine Kuriosität: Die christliche Sekte „The Last Reformation“ veranstaltete direkt neben dran eine öffentliche Taufe. In einem Pferdeanhänger in dem ein mit Wasser gefüllter Mülleimer stand. Aus den Reihen der Chaot*innen reagierten einige darauf, malten Transpis und störten die Veranstaltung, doch nicht ohne Widerspruch. Das Fehlen gemeinsamer Reaktion auf die öffentliche Taufe kritisierten auch zwei Menschen zu Recht im letzten Koraktor. Aus dem Kreis der Chaot*innen heraus kam es zu Diskussionen in denen etwa solche Argumente vorkamen:

„Die nehmen sich doch nur den öffentlichen Raum wie wir“

„Die haben auch ein Recht ihre Meinung hier zu äußern“

Und immer wieder auch der Bezug auf den Slogan „Liebe für alle“ als Argument die fundamentalistischen Christ*innen nicht zu konfrontieren.

WAS ZUR HÖLLE?

Zum Glück ergaben sich aus der lethargischen Masse doch ein paar Menschen die witzig und konfrontativ die Missionarstätigkeit der Sekte nicht ungestört von Statten gehen liessen, aber die Reaktion von Chaot*innen erschreckte doch.

Aber erst kurz zu den Christen. „The Last Reformation“ ist eine international agierende Sekte, welche eine „neue Reformation“ der Kirche erreichen will. Ihre Tätigkeiten sind invasiv-missionarisch und sie propagieren die Umsetzung eines radikal-christlichen Verhaltens in allen

Lebensbereichen. Ekelhaft genug um Widerspruch nötig zu machen. Warum? Weil sie Religion als Herrschaftsinstrument verbreiten, sexistische Geschlechterrollen propagieren und generell Machtverhältnisse zwischen Menschen befürworten.

Teile der Chaostagbesucher*innen stoßen an Grenzen ihrer eigenen Vorstellungen der politischen Aktion, der Rolle von öffentlichem Raum und Meinungsfreiheit, sowie Entpolitisierung der eigenen Standpunkte. Chaostage als politisches Mittel sind eine Methode der Rückeroberung des im Kapitalismus gut geordneten und reglementierten öffentlichen Raumes für Verhalten und Aktionen welche provozieren. Dabei geht es darum, den Konsumalltag zu stören, die innerstädtische Ruhe des bürgerlich-verspiesten Lebens zu durchbrechen und durch die Provokation die Auseinandersetzung um Rolle und Funktion öffentlicher Plätze zu erzwingen. Wir nehmen uns den öffentlichen Raum, weil wir kritisieren das wir den Raum, der nicht Privateigentum ist, nicht gemeinsam, frei nutzen können.

Denn die Behörden verdrängen uns, wie die Schlafverbote in der Innenstadt, Platzverweise, zugewiesene Demonstrationsrouten und Polizeieingriffe gegen Straßenfeste wie am 1. Mai zeigen. Der öffentliche Raum soll, so die Logik, nur den herrschenden Verhältnissen zur Verfügung stehen, als Raum zum durchqueren beim Einkaufen, zum das schöne, saubere Stadtbild genießen und um geordnete Veranstaltungen unter Kontrolle und im Einklang mit der herrschenden Politik durchzuführen.

Unsere Politik ist eine Kampfansage gegen diesen öffentlichen Raum. Wir stören gerne! Die Christen hingegen Verhalten sich konform, melden an und nutzen den öffentlichen Raum um ihren Glauben Menschen durch emotionale Manipulation aufzuzwängen. Sie nehmen sich den öffentlichen Raum im Rahmen liberaler Gesetzgebung und Duldung um zu missionieren. Sie nehmen sich eben nicht den „öffentlichen Raum“ wie wir, denn sie eignen sich ihn nicht an sondern führen ein autoritären Monolog.

Den Raum nehmen kann diese Sekte, da sie im Rechtsstaat das Recht der Meinungsfreiheit gnädiger Weise vom Staat zugestanden bekommt.

Die Meinungsfreiheit garantiert das Recht darauf die eigene Meinung zu haben und zu vertreten, ohne das der Staat eingreift. Entweder indem er zensiert, Versammlungen verbietet oder gar Menschen einknastet für die Meinungen die sie vertreten. Das dies in der BRD nur Teils eingehalten wird sehen wir regelmäßig, egal ob Verbot einer Medienplattform wie Linksunten oder Hausdurchsuchungen bei Genossen die in der Presse Interviews zu Aktionen geben. Was die Meinungsfreiheit eben nicht ist, ist ein Freischein seine Meinung unkommentiert, unwidersprochen oder ungestört zu äußern. Kann es auch gar nicht sein, denn sonst wäre Diskussion unmöglich, eine Demokratie nicht vorstellbar.

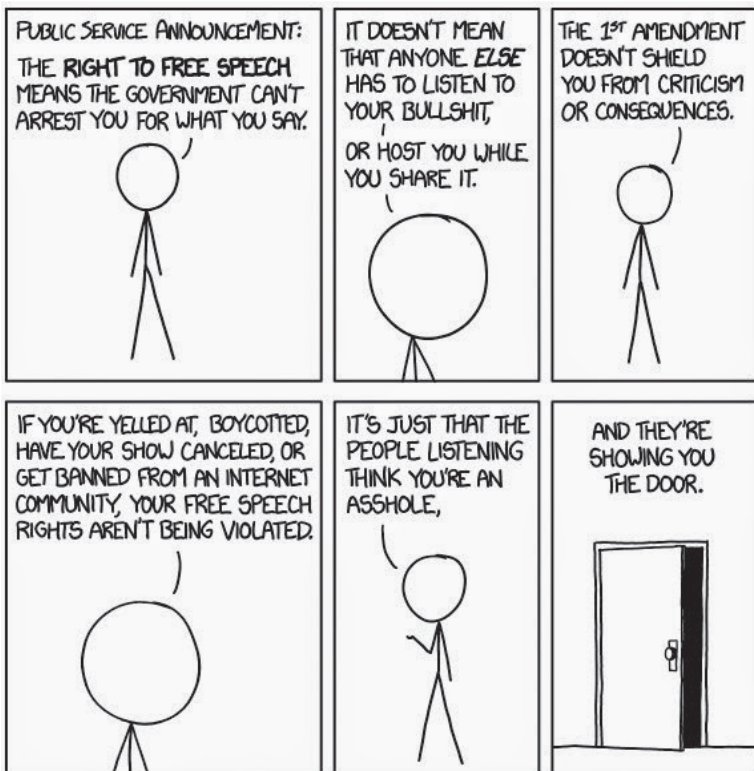
Wir akzeptieren es nicht, dass radikale Fundamentalisten und verrückte Sekten öffentlichen Raum vereinnahmen und für ihre Propaganda nutzen. Das bedeutet, dass wir diesen autoritären Meinungen gerade im öffentlichen Raum entgegengetreten müssen. Es gibt kein Recht auf Zuhörer*innen. Der Einflussnahme von menschenverachtenden Ansichten lässt sich entgegengetreten, indem diese Ansichten mindestens kommentiert werden, im besten Fall das Publikum genommen wird (z.B. durch Blockaden oder Sprengung der Veranstaltung).

Hinzunehmen, dass diese Ansichten ohne Störung verbreitet werden bedeutet indirekt den Erfolg der Propaganda zu ermöglichen.

Aber wir wollen uns doch alle Lieb haben, also provozieren wir sie nicht... WAS? Wenn alle Menschen einander nur Lieben würden wären alle

Probleme passé? Von Wegen! Die crux an Menschen ist nun mal, dass wir alle verschiedene Bedürfnisse, Vorlieben, Meinungen, etc. haben, Auseinandersetzungen diesbezüglich müssen geführt werden, Differenzen und Vielfalt sind gut und wichtig, genauso wie Streit, erst recht in der Anarchie noch! Wie langweilig wäre die Welt wenn wir alle die Fresse halten würden, jedes mal wenn uns was nicht passt. weil wir uns ja alle liebhaben! Wir wollen streiten, wir wollen Emotionen zeigen, wir wollen frei sein!

Die Mentalität, alle Probleme seien durch Zuneigung zu bewältigen oder vermeiden, die hinter Liebe für alle steckt, ist die Entpolitisierung von Gesellschaft, ist die Negation der Notwendigkeit kollektive Debatten zu führen. Liebe für Alle ist eine Parole die im Bereich sexueller Selbstbestimmung richtig und wichtig ist und wir werden sie auf dem CSD wieder Lautstark artikulieren, aber für politisches Handeln, auch in unserer Utopie, kein Platz finden kann.



Rückblick auf ein Jahr barrikade.info

Vor über einem Jahr ging diese Plattform online. Wir schauen zurück auf die Entstehung, das erste Jahr online und werfen einen Blick in die Zukunft. Wir freuen uns über eure Rückmeldungen.

Irgendwann im Jahr 2016 entstand bei uns das Bedürfnis nach einer neuen Plattform, auf der aktuelle Nachrichten, Analysen, Diskussionen aus einer antiautoritären Perspektive veröffentlicht werden können. Wir haben uns mit vielen Leuten getroffen, die ähnliche Ideen und Ziele hatten, diskutiert, Konzepte entwickelt und wieder verworfen, gemeinsame Sachen mit ähnlichen Projekten gemacht und uns dann wieder getrennt. Nach Diskussionen um Inhalte, Form und den Namen der Plattform ging barrikade.info schlussendlich im April 2017 online.

Die Plattform erlaubt jedem*r das Publizieren von Inhalten im Rahmen unserer Grundsätze. [Barrikade.info](http://barrikade.info) ist seit dem Start vor einem Jahr langsam aber stetig gewachsen und verzeichnet heute ungefähr 700 Zugriffe pro Tag und 2-3 neue Artikel. Die Artikel kommen aus verschiedensten Hintergründen, so wird die Plattform breiter abgestützt. Dies führt immer wieder zu Diskussionen im Moderationskollektiv, was soll auf barrikade.info Platz finden, und was nicht?

Das Moderationskollektiv von barrikade.info setzt sich aus Menschen aus diversen Regionen im Deutschschweizer Raum zusammen. Es war uns wichtig, dabei möglichst viele Regionen miteinzubeziehen, um die Plattform regional abzustützen. Wenn ein Artikel auf der Plattform eingegeben und in den Modus "vorgeschlagen" geändert wird, beginnt das Moderationskollektiv, den Artikel anzuschauen. Ist der Artikel verständlich geschrieben? Sind alle Dinge enthalten, die die Plattform zur Darstellung braucht (z.B. ein Logo-Bild)? Manchmal korrigieren wir auch Tippfehler. Alles Geänderte wird in den Kommentaren notiert, damit der*die Ersteller*in dies nachvollziehen kann. Jeder eingereichte Artikel wird darauf geprüft, ob er unseren Grundsätzen entspricht. Was gehört auf die Plattform? Wollen wir von Parteien unterstützte Kampagnen? Wollen wir auf kommerzielle soziale Medien verlinken? Wollen wir polemische Artikel?

Wie ist dieser und jene Satz gemeint? Komplexere Themenbereiche werden an regelmässigen Sitzungen diskutiert. Manchmal führt das auch zu Anpassungen unserer Grundsätze. Bei solchen Diskussionen beziehen wir die Nutzer*innen mit ein, ermutigen, selber Kommentare zur Diskussion einzubringen.

Im Laufe des letzten Jahres ist so einiges passiert. linksunten.indymedia.org wurde vom Netz genommen, ch.indymedia.org verschwand definitiv. barrikade.info erhielt auch dadurch nochmal einen Schub, Gruppen aus dem deutschsprachigen Nachbarländern begannen sich für ähnliche Projekte zu interessieren. Im Herbst 2017 erschien die erste Version der Barrikade-App für Smartphones. Wir lancierten die Aktion "Barrikade in den Knast" um die Isolation im Knast ein klein wenig zu durchbrechen. Zudem wurde diesen Frühling eine Zeitung gedruckt mit ausgewählten Artikeln vom ersten Jahr Barrikade.

[Barrikade.info](http://barrikade.info) ist dem francophonen MUTU Netzwerk angeschlossen. Innerhalb des Netzwerkes gibt es einen regelmässigen Austausch über Verbesserungen, Änderungen und alles drumherum.

Das Ziel von barrikade.info ist es, weiter zu wachsen, dabei aber keine Qualität zu verlieren und uns auch bei Artikeln, die wir als diskussionswürdig erachten, trotzdem genug Zeit zu lassen. Wir arbeiten weiter an der Seite und versuchen Verbesserungen und Ideen einzubauen. Wir freuen uns auch über Rückmeldungen aller Nutzer*innen: vermisst ihr etwas, stört euch etwas, was gefällt euch, usw.

MAKE MEDIA - MAKE TROUBLE!

barrikade.info



Immer weniger Zulauf für rechte Aufmärsche in Kandel

Der 16.06. dürfte ein neuer Tiefpunkt für Marco Kurz gewesen sein. Nur ca. 80 Wutbürger*innen fanden sich in Kandel ein, um erneut einen tragischen Mord für ihren Rechtspopulismus zu missbrauchen. Als Anlass für ihre Kundgebung und ihren anschließenden traurigen, kurzen Spaziergang durch Kandels Innenstadt, nahmen sie den Mord an der 14-jährigen Susanna Maria Feldmann.

Ausschlaggebend für die nun monatlichen Demonstrationen, die immer am ersten Samstag im Monat stattfinden, war im Dezember 2017 der Mord an der 15-jährigen Mia Valentin. Unter dem Deckmantel eines „Trauermarsches“ demonstrierten Faschist*innen und Rassist*innen, wie z.B. Mitglieder der AfD, der Identitären Bewegung und offen auftretende Nazis erstmals in #Kandel.

Dabei ging es jedoch von Anfang an darum, den Mord an Mia für ihre rechte Propaganda zu instrumentalisieren und auf der Straße öffentlich gegen Ausländer zu hetzen. Schon auf den ersten Demonstrationen zogen die Teilnehmer*innen mit Parolen wie „Ausländer raus“ durch die Straßen.

Da der 16.06. ein außerplanmäßiger und kurzfristiger Termin war, ist es durchaus möglich, dass Marco Kurz am nächsten Termin, dem 07.07., der im monatlichen Rhythmus stattfindet, wieder einige Leute mehr auf die Straße bekommt. Abschließend ist es jedoch offensichtlich, dass die Zahl der Teilnehmer*innen auf Seiten Marco Kurz sinkt und von den Anfangs mehreren Tausend Personen nur noch der harte Kern übrig geblieben ist.

QUEERE ÖKONOMIEN - Stephanie Grohmann

[...]

In diesem Artikel möchte ich untersuchen, inwiefern ebenjene materiellen Bedingungen . also das, was für gewöhnlich als >die Wirtschaft< bezeichnet wird - Auswirkungen auf Gender und Sexualität haben, und was Queer-Theorie im Hinblick auf die konkrete wirtschaftliche Praxis bedeuten könnte. [...]

Das heteronormative (= Heterosexualität als Norm betrachtend, hierarchische Zwei-Geschlechter-System in seiner jetzigen Form ist kein Vorläufer sondern ein Resultat des modernen Kapitalismus.¹ [...]

Sein Auftauchen in der >westlichen Gesellschaften< war verknüpft mit einem anderen zeitgleich auftretenden Phänomen, das es so vorher noch nicht gegeben hatte - der Wirtschaft als getrennte Sphäre, die separat von allen anderen gesellschaftlichen Faktoren, wie beispielsweise der Politik oder der Familie betrachtet wird.

Erst vor wenigen hundert Jahren, als große Bevölkerungsteile noch in größeren sozialen Einheiten wie der erweiterten Familie und der

Dorfsgemeinschaft lebten, wäre es den Menschen wohl nicht in den Sinn gekommen, Dinge, die eben getan werden mussten, als >unwirtschaftlich< zu bezeichnen. [...]²

Nachdem die traditionelle soziale Struktur zerstört war, baute das System auf einer neuen Art Genderbeziehung auf - während die Männer das Geld verdienen, sollten die Frauen im Haus bleiben, die Kinder erziehen und für die nötige Erholung des Mannes sorgen, sodass er am nächsten Tag zur Arbeit gehen konnte. [...]

Die neue Welt der Lohnarbeit brauchte Individuen, die rational, berechnend, aggressiv, und ehrgeizig waren, um die Marktideologie von Eigeninteresse, rücksichtsloser Konkurrenz und einer Jeder-gegen-jeden Wettbewerbsstruktur aufrechtzuerhalten, auf der sie basierte. Die Welt des heimischen Herdes hingegeben sollte von jemandem erschaffen werden, der sanft, beherrschbar, emotional unterstützend und umsorgend war.

Dies führte zur >vergeschlechtlichten

Arbeitstrennung<, die Frauen von der Lohnarbeit ausschloss und damit so gut wie alle wirtschaftlichen Mittel in die Hand der Männer legte. Frauen wurden an den Herd verbannt, wodurch sie gänzlich auf die Heirat angewiesen und dadurch wirtschaftlich abhängig waren [...].

Doch nicht alle Verhaltensweisen können in Bezug auf den Markt organisiert werden, am wenigsten die >Fürsorge<, derer es bedarf, damit die stetige Reproduktion der Arbeitskraft sichergestellt werden kann. Als Konsequenz wird alles, was sich nicht in >Wertigkeit< ausdrücken lässt, feminisiert und ganz buchstäblich >abgewertet< (obwohl es sich um eine notwendige Vorbedingung für den Wertkreislauf handelt). [...]

Das Ergebnis ist die Trennung zwischen >Arbeit< und >Freizeit<, >Produktion< und >Reproduktion<, >Wirtschaft< und >Leben< und schließlich auch >männlicher< und >weiblicher< Sphäre (ebenso wie Menschen), die das moderne Leben prägt und die die vergeschlechtlichte Aufteilung in so gut wie jedem Aspekt der Gesellschaft verankert. [...]

Ein anderer Ansatz separatistischer Natur verurteilt den Kapitalismus als inhärent männliches Projekt und fordert eine >Feminisierung< der Wirtschaft, indem nach wirtschaftlichen Strategien gesucht wurde, die ihm scheinbar entgegenliefen. Hierzu gehören beispielsweise >Geschenkökonomien< als Alternative zu Warenhandel, da sie laut dieser Theorie eine >weibliche< Wirtschaftsordnung darstellen, die auf Fürsorge und Miteinander basiert, statt auf Wettbewerb und Gewalt. [...]

Und obwohl Männer und Frauen heutzutage mehr Möglichkeiten als vor hundert Jahren haben, [...] ihren jeweiligen wirtschaftlichen Rollen zu entkommen, ist die vergeschlechtlichte Unterscheidung, die man als >heterosexuelle wirtschaftliche Matrix< bezeichnen könnte, noch immer fest in der Gesellschaft verankert. Der Grund hierfür liegt meiner Meinung nach nicht nur in einem hartnäckigen Sexismus, der Kämpfe für Gleichberechtigung behindert, sondern auch in der Tatsache, dass die heterosexuelle Dichotomie (Zweiteilung) der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu einem derartigen Grad inhärent (innewohnend) ist, dass man sie nicht

wird abschaffen können, ohne gleichzeitig den Kapitalismus abzuschaffen. [...]

Unsere Aufgabe besteht dann nicht darin, den einen Bereich gegen den anderen auszuspielen, wie es manche feministische Theorie unternimmt, die darauf besteht, Frauen entweder in die >männliche< Sphäre hineinzubekommen oder aber auf einer moralischen Überlegenheit des >Weiblichen< zu beharren. Unsere Aufgabe besteht darin, die Dichotomie an sich zu kritisieren und zu unterwandern. Nicht zuletzt aufgrund der weiterhin bestehenden Krise hat es zahlreiche Versuche gegeben, genau dies zu tun, wenn auch nicht immer mit explizit feministischem oder queerem Hintergrund.

Ein Beispiel, für das ich mich besonders interessiere, sind die sogenannten >Umsonstläden<, die an einer erstaunlichen Anzahl von sehr unterschiedlichen Orten eingerichtet werden.

Ein Umsonstladen ist ein Ort (meist selbstorganisiert und von Freiwilligen betrieben), an dem Dinge abgegeben werden können, die jemand nicht mehr gebrauchen kann, andere jedoch schon. Jeder kann sich nehmen, was der*diejenige braucht, ohne dass etwas im Tausch gegeben werden muss.

Dieses Prinzip hat das Potenzial, die heterosexuelle Matrix auf verschiedene Weisen zu untergraben: Ganz offensichtlich stellt es die Logik des Warenhandels fundamental infrage: den Ansatz man müsse etwas haben, um etwas zu bekommen zu können. Dies wird von einem Modell über den Haufen geworfen, das den individuellen wirtschaftlichen >Input< bewusst vom >Output< trennt und diese nicht mehr miteinander verrechnet. [...] So entsteht ein System, das niemanden basierend auf seiner*ihre wirtschaftlichen Lage vom Handel ausschließt.

Gleichzeitig wird in dieser Praxis idealerweise vermieden, ins andere Extrem zu kippen und soziale Beziehungen zu fördern, die dem abgetrennten >weiblichen< Teil der Marktwirtschaft nachempfunden sind. Während das weibliche >Supportsystem< auf einem System basiert, welches typischerweise persönlich

umsorgt und kümmert, bieten die Umsonstläden ein Modell politischer Ökonomie, das nicht einmal erfordert, dass sich die teilnehmenden Menschen kennen oder aufeinandertreffen. Insofern bietet es sogar Menschen eine Möglichkeit, am Markt teilzunehmen, die nicht durch persönliche Verbindungen ins System eingebunden sind. Anders gesagt: Ein derartiges Wirtschaftsmodell ist weder in der männlichen noch in der weiblichen Sphäre verankert.

Die existenten Überschneidungen - beispielsweise die derzeitige Abhängigkeit der Umsonstläden vom Mehrwert der Warenwirtschaft- ergeben sich daraus, dass ein neues System in einem alten aufgebaut wird. [...]

Umsonstläden als praktisches Beispiel einer wirtschaftlichen Praxis, die in keiner der beiden Sphären der heterosexuellen Wirtschaftsdichotomie in Gänze verortet ist und durch ihre bloße Existenz das System in Frage stellt, sind nur ein Teil einer ganzen Reihe von Möglichkeiten, die als >Umsonstökonomien< bezeichnet werden können und durch die nach Alternativen zu Warentausch und Lohnarbeit gesucht wird. Sie sind Orte, an denen die Maxime, die Geschlechter abzuschaffen, gleichbedeutend wird mit der Forderung, den Kapitalismus abzuschaffen. Und so sind sie ein sehr hilfreiches Beispiel dafür, wie politische Praxis an der Schnittstelle von Queer-Aktivismus und Anarchismus aussehen könnte- und sie sind hoffentlich erst der Anfang.

Gekürzte Version des Textes "Queere Ökonomien" ("Queering the Economy") von Stephanie Grohmann, übersetzt aus dem Englischen von Dietlind Falk Aus dem Buch "Anarchismus queeren" - Über Macht und Begehren in herrschaftskritischen Kontexten auch im Internet auf Englisch kostenlos als PDF: "Queering Anarchism"

KOMMENTAR ZU 1 & 2:

Ich schätze, dass mit der Zeitangabe "erst vor wenigen hundert Jahren", die Veränderungen nach der Industrialisierung und ihre Auswirkungen auf den Alltag der Menschen betont werden sollen, die seit da an vermehrt durch externe Bezahlung wie

z.B. von Fabriken oder Tagebauwerken "messbar" gemacht werden. Auch die Spaltung von zu messender Wertigkeit und Notwendigkeit hat sich durch den >modernen Kapitalismus<, wie hier beschrieben, vertieft.

Das >heteronormative, hierarchische Zwei-Geschlechter-Modell< allerdings als Resultat einer Spaltung des >modernen Kapitalismus<, anzusehen, empfinde ich zu sehr auf den Punkt der offensichtlichen, geldlichen "Messbarkeit" konzentriert.

Meiner Meinung nach werden damit der Norm zugeschriebene, institutionelle Lebensformen wie z.B. die Ehe, die in >Großfamilien und Dorfgemeinschaften< schon vor vielen hundert Jahren das Verhältnis von Frauen und Männern bestimmte, außer Acht gelassen. Dass hinter der Ehe auch früher ökonomische Grundinteressen standen, deutet nur noch stärker auf die Verflechtung zwischen Verhaltensweisen und dem Wirtschaftssystem hin. Von einem >Auftauchen< des >heteronormativen, hierarchischen Zwei-Geschlechter-Systems< durch den >modernen Kapitalismus< würde ich allerdings nicht sprechen. Eher von einer komplexen Erweiterung und Festigung des Ausschlusses von Gruppen mit gemeinsamen Merkmalen (bspw. Frau-Sein). Dass der Kapitalismus jedoch nicht nur auf der Ausbeutung von Frauen, sondern von allen an den Rand der Gesellschaft gedrängten Gruppen (wie z.B. Gastarbeiter, Kinderarbeit, Sklavenarbeit etc) basiert(e) sollte man beim Lesen des Textes im Hinterkopf behalten. Ein Umkehrschluss, allein eine emanzipierte oder alternative Wirtschaftsweise (egal welche) würde die über lange Zeit gebundenen Fesseln eines verinnerlichten Sexismus oder Rassismus von ganz alleine sprengen, halte ich nicht für sinnvoll – nicht vorteilsorientiertes Handeln, ob im individuellen oder wirtschaftlichen Bereich, allerdings für wichtig und wirkungsvoll.

Die Volxküchen im SUSI-Café & in der KTS leben von Eurer Mithilfe!!



Orte:

KTS
(autonomes
Zentrum)
Baslerstraße
103

Slusli-
Café,
Vauban-
Allee
N°2

TerMine im Juli 2018

04. Juli KüfA & Kneipe, KTS Freiburg, 20 Uhr mit_kochen ab 16 Uhr

06. Juli Kurdische KüfA, SUSI-Café, 18 Uhr

11. Juli Vokültur, SUSI-Café, 20 Uhr, plena und mit_kochen ab 16 Uhr

18. Juli KüfA & Kneipe, KTS Freiburg, 20 Uhr mit_kochen ab 16 Uhr

25. Juli Vokültur, SUSI-Café, 20 Uhr, plena und mit_kochen ab 16 Uhr